

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

II/22

Hannover, 14. März 1947.
Telefon 20951/52

Der Geist entscheidet

F.S. Das Deutschland, dessen Gesinnung sich in den Entschliessungen spiegelt, die der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei in seinen Sitzungen am 13. und 14. März 1947 zur Friedensfrage und zur Neugestaltung Deutschlands einstimmig fasste, erscheint wie eine Insel in brandenden Meere der politischen Auseinandersetzungen, die in der ganzen Welt mit Leidenschaft geführt werden. Eine massvolle Sprache und eine jeden Nationalismus abgekehrte objektive und gutwillige Denkweise zwingen dazu, sich beim Lesen dieser Kundgebungen der besten Tugenden politischer Arbeit zu erinnern, der Vernunft, der Nüchternheit, des Willens zur Verständigung und der Aufrichtigkeit. Sie stehen heute, wenn man die Praxis des politischen Geschehens betrachtet, nicht hoch im Kurs.

Diese Beschlüsse der SPD knüpfen an die besten Traditionen der Partei an, deren politischer Realismus sie zwar immer in eine exponierte Stellung in den innerdeutschen Auseinandersetzungen brachte, aber zugleich dazu führte, dass die Stimme der deutschen Sozialdemokratie in den politischen Erwägungen jenseits der Grenzen ein besonderes Gewicht und anerkannten Klang hatte. Man mag heute die deutschen Möglichkeiten von welcher Seite immer betrachten: Die Sozialdemokratie ist Deutschlands stärkste Potenz, gerade auch für die lebenswichtigen Aufgaben, die die Republik im Benehmen mit allen alliierten Mächten zu lösen haben wird. Sie ringt in den in der britischen und französischen Zone bevorstehenden Wahlen nicht nur deshalb um die Stimmen des Volkes, weil sie für den notwendigen inneren Neubau Deutschlands die Zustimmung der Massen braucht, sondern vor allem auch, weil sie sich als Faktor der politischen Vernunft, als Exponent der Völkerverständigung und als Vorkämpferin eines echten Friedens mit dem ganzen Gewicht eines andern, besseren Deutschlands für die

Zukunft dieses Landes und des ganzen Europa einzusehen gewillt ist. Das ist eine Aufgabe, die jede Mühe lohnt, und es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, hierzulande und überall, wo Freunde gleicher Gesinnung es gleichen Werke sind.

Unter den realen Verpflichtungen, die zur Verwirklichung dieser Politik erkannt werden müssen, steht die Wiedergutmachung an erster Stelle. Es ist nicht möglich, sich ihr zu entziehen, wenn man der eigenen Politik nicht zugleich den moralischen Boden nehmen will. Was in den Kräften des deutschen Volkes liegt, das muss geschehen, um den anderen Völkern zu helfen, denen Hitler in unserem durch ihn geschändeten Namen fast massloses Unglück gebracht hat. Die Grenzen dieser Wiedergutmachungspflicht liegen dort, wo die Lebensvoraussetzungen des deutschen Volkes selbst berührt werden. Es wäre sinnlos und entspräche nicht der Vernunft, wollte man die Kraft des deutschen Volkes so schwächen, dass seine Leistungsfähigkeit vermindert und damit die Hilfe für andere Nationen geringer wird. Ein neues Europa, das nicht mehr wie bisher durch eine Vielzahl gefährlicher politischer Spannungen und Probleme gekennzeichnet ist, entsteht, wenn gesunde Völker es bilden und gesund ist eine Nation, wenn die Menschen in ihr leben und arbeiten können; mindestens dies sind die Voraussetzungen. Solche Aufgaben sind zugleich ökonomischer und internationaler Natur und können nicht, wie die Entschliessung des Vorstandes der SPD richtig sagt, "mit den Mitteln nationaler Machtentfaltung" gelöst werden, sondern nur im Ausgleich der Interessen und mit dem Willen zum Verständnis der Möglichkeiten und Grenzen des anderen.

Wer diese Grundsätze anerkennt, hat auch das Urteil über die Annexionen wünschens gesprochen, die heute von allen Seiten gegenüber deutschen Gebieten geäußert werden. Allein der Gedanke, territoriale Annexionen seien ein Mittel zur Befriedigung irgendwelcher Forderungen, macht erstaunen. Er gehört, so glaubten wir gültig annehmen zu dürfen, für alle demokratischen Völker ausserhalb der deutschen Grenzen zum Bestandteil längst überwundener politischer Zeiten. Im eng, zu eng gewordenen Europa zunal erscheint er absurd und als ein heimtückischer Versuch, den neu keimenden Gedanken des Völkerfriedens an seinen Wurzeln zu töten. Die Atlantik Charta soll freilich für Deutschland nicht angewendet werden, so hat Winston Churchill alsbald nach ihrer Unterzeichnung inmitten des Kriegsgeschehens vor dem Unterhaus in London erklärt, und er hat diese bemerkenswerte Auffassung auch gegen wiederholte Kritik aufrechterhalten. Churchill regiert nicht mehr. Mit seinen Nachfolgern zogen Männer in die Regierung Grossbritanniens ein, bei denen ein tieferes Verständnis für die modernen Praktiken der politischen Gesandung und der Wiederherstellung einer friedlichen Gesinnung in der Welt vorausgesetzt werden muss. In den Vereinigten Staaten hat Deutschlands Ausschluss von den Grundregeln des internationalen Zusammenlebens niemals ungeteilte Zustimmung, immer aber und zunehmend heftige Kritik gefunden. Die Sowjetunion kann sich einer Entwicklung des Gedankens der Gleichberechtigung aller Völker umso weniger verschliessen, als sie in der Struktur ihrer Union die Unterschiede in der Bewertung der Nationen als unzumutbar und dem Ganzen nicht förderlich anerkannt hat. Das Ganze ist auf der höheren Ebene, die Deutschland einschliesst, Europa. Ihm gehört auch Frankreich zu, das zwar besonders befangen ist in den Gefühlen und Leidenschaften, die der Krieg entfachte und die das Land tief erschütterten, das aber aus seiner geistigen Tradition geradezu die Verpflichtung hat, als erstem Weg zu Europa zu finden und zu betreten. Es ist immer nüchtern gewesen und weiss, dass Europa ohne die Deutsche Republik nicht Europa wäre.

Mindestens dies aber wäre zu erwarten: Wenn schon die Atlantik Charta wie das gelobte Land weit und unerreichbar vor den Toren Deutschlands liegen sollte, der Geist, der in diesem Eden herrscht, der sollte alle seine Bewohner erfüllen und aus ihm und in seinem Namen sollten sie handeln. Was wäre es sonst mehr als ein Lustgarten? "Nur wenn der Geist der Atlantik-Charta die kommende Entwicklung bestimmt, kann ein Friede geschaffen werden, den die demokratischen und friedliebenden Kräfte als gerecht empfinden." (n/2/143/2/he)

Auf den folgenden Artikel machen wir besonders aufmerksam und empfehlen ihn der vordringlichen Beachtung durch alle Zeitungen vor allem der britisch besetzten Zone Deutschlands.

Was will die NLP?

von + +

Die kürzlich vom "Sozialdemokratischen Pressedienst" verbreitete Meldung über Verhandlungen der NLP mit der Deutsch-Konservativen Vereinigung und der Deutschen Rechtspartei wegen eines Zusammenschlusses zu einer allgemeinen Rechtspartei, der "Deutschen Landespartei", hat innerhalb der NLP zu erheblichen Auseinandersetzungen geführt. Der Zwiespalt hat sich in der NLP ständig weiter vertieft. Das laune Dementi, das die Leitung der NLP über diese Zusammenschlussverhandlungen herausgebracht hat, war keineswegs dazu angetan, die Wogen der Partei zu glätten, zumal die Mitglieder zu einem grossen Teil seit langen von diesen Verhandlungen Kenntnis hatten. Die Öffentlichkeit konnte durch dieses Dementi nur irreführt werden. Wer es aufmerksam las, musste feststellen, dass die Verhandlungen nicht abgestritten wurden. Bestritten wurde nur ein "Beschluss" über die Bildung der Deutschen Landespartei. Der anschliessende Satz, nach dem die Kombinationen, die in einigen Zeitungen über diese Frage gestellt wurden, "entfallen", ist der Versuch einer Irreführung. Diese Kombinationen sind durchaus berechtigt.

Kurz nach Bildung der Niedersächsischen Landespartei fanden seinerzeit zunächst Verhandlungen über einen Zusammenschluss zwischen NLP und der FDP statt, die jedoch zu keinem Ergebnis führten. Ebenfalls verhandelte die NLP mit der Schleswig Holsteinischen Bauern- und Landvolk-Partei. Die Bildung einer "Niederdeutschen Union", bestehend aus NLP und Bauernpartei, wurde bekanntgegeben. Dann wurde es um diese "Niederdeutsche Union" still. Sie war eine politische Fehlgeburt. Bald danach wurden die Verhandlungen mit der Deutsch-Konservativen Vereinigung und der Deutschen Rechtspartei aufgenommen, also mit geistigen und zum Teil personellen Nachfolgern der ehemaligen Deutschnationalen Volkspartei jener besonderen Frägung, die sie auf den äusseren rechten Flügel der Hugenberg-Partei treten liess. Es gab ein Tauziehen um die Frage der Führung. Selbst nach dem kläglichen Wahlergebnis dieser beiden Splittergruppen im Oktober 1946 wurden die Verhandlungen fortgesetzt. Ein grosser Teil der Anhänger der NLP, vor allen die alten Welfen, betrachtete diese nicht abbreissenden Zusammenschlussverhandlungen ihres Vorsitzenden Hellwege mit den Prototypen des Preussentums mit sehr gemischten Gefühlen. Sie konnten sie aber nicht verhindern, und zwar aus Gründen, deren Darlegung die inneren Verhältnisse dieser Partei in einem bemerkenswerten Lichte zeigen müsste.

Die politische Situation der NLP zeigt sie als die Nachfolgerin der Deutsch-Hannoverschen Partei, deren jahrzehntelanger Kampf die Lostrennung Hannovers von Preussen war. Nach der Kapitulation wurde die Forderung eines selbständigen Hannovers von der NLP als Hauptprogrammumpunkt übernommen. Daneben träumte man - aber mit hellen Augen - vom wiedererstehenden Königreich. Mit der Schaffung des Landes Niedersachsen schien die Hauptforderung der NLP erfüllt, und sie hätte sich nun eigentlich auflösen können. Aber ähnlich wie die NSDAP vor 1933 erklärte, nach der Machtübernahme gäbe es keine Parteigenossen mehr, sondern nur noch Deutsche, handelte nun auch die NLP. Sie griff in ein gebräuchliches politisches Vokabularium und pries sich der Umwelt als "bürgerliche Partei" an, die den Kampf gegen die "Sozialisierung der Scherbenhaufen" auf ihre Parteifahne schrieb. Aus der Bodenreform machte die NLP einen Kinderschreck und verkündete sie als höchste politische Weisheit, dass alles beim Alten bleiben müsse. Die Parteileitung machte bis zur Stunde keinerlei konkrete Vorschläge zur Lösung der durch die verlorenen Krieg verfahrenen politischen Situation. Mit der Verkündung der

der freien Wirtschaft und der Privatinitiative als Allheilmittel für die politische Konsolidierung Deutschlands glaubte man sich begnügen zu können. Den Flüchtlingen und Ausgebombten sollte in christlicher Nächstenliebe geholfen werden, indem man ihnen ihnen klar zu machen versuchte, dass sie in ihre Heimat zurück müssten. Man lullte sie in vage Hoffnungen und den Einheimischen säuselte man vor, sie würden die Flüchtlinge los werden, wenn... ja, wenn die richtigen Männer zu bestimmen hätten. So schaffte man Illusionen und drückte sich um die praktische Lösung dieser Fragen. Es wurde ein politisches Verlegenheitsprogramm zusammengedrückt. Auf dem Parteitag in Celle stieg der Vorsitzende Hellwege zum Entsetzen der alten Hannoveraner schrill in das monarchistische Horn und versuchte den monarchischen Gedanken im Namen der NLP in Erbpacht zu nehmen. Er wollte damit den beiden Hugenberg'schen Splittergruppen, die schon vorher den monarchischen Gedanken proklamiert hatten, das Wasser abgraben. Auf diesem Parteitag hielt übrigens der Präsident der FDP, Landrat Heile, eine einstündige Rede, die von dem Parteitag mit grossem Beifall aufgenommen wurde. So eng war die Fühlung zwischen NLP und FDP.

Die Ansicht, dass die Heimatinteressen auch in anderen Parteien berücksichtigt werden können, ja, dass man für die Wahrung dieser Interessen viel nützlicher in anderen Parteien tätig sein könnte, gewinnt an Boden. Die an den Haaren herbeigezogene Konstruktion der "Deutschen Landespartei" halte eine weite Mitgliederkreise der NLP aus nüchternen Erwägungen für verfehlt. Eine neue "Deutsche Landespartei" würde in Süddeutschland, in Bayern und Baden-Württemberg keine genügende politische Resonanz finden, ebenfalls nicht in Hessen oder in den Gebieten der russisch besetzten Zone. Einen niedersächsischen Führungsanspruch oder eine niedersächsische Hegemoniestellung würden diese Länder bestimmt ablehnen. Um diesen Führungsanspruch geht es jedoch der NLP-Leitung. Zu anderen verweisen die Gegner dieser neuen Parteienkombination darauf, dass die NLP bisher nicht einmal in der Lage war, niedersächsisches Gebiet parteilässig zu durchdringen, denn beispielsweise in Südhannover kaum Ortsgruppen und selbst in der Domäne des Vorsitzenden der Partei, in Stade, musste dieser von seinem Landratsposten, auf den ihn die Militärregierung berufen hatte, nach der Kreiswahl heruntersinken und still einen Vertreter der SPD Platz machen. Für wie wenig zukunftsreich die NLP von den alten Welfen angesehen wird, geht aus der Tatsache hervor, dass massgebende Männer der ehemaligen Deutsch-Hannoverschen Partei, wie beispielsweise der frühere Oberbürgermeister von Hannover, Dr. Menge, nicht Mitglied der NLP geworden sind, sondern sich von ihr distanzieren halten.

Die latente innere Krise, in der sich die NLP von Anfang an befindet, hat sich durch das Bekanntwerden der Zusammenschlussverhandlungen mit politisch so geschäftshungrigen Vertretern des Hugenbergkonzerns weiter verschärft. Wenn die Leitung der NLP auch versucht, ihren Mitgliedern durch die angeführte Dementi Sand in die Augen zu streuen, so kann sie diese Gegensätze nach aussen hin jetzt nicht mehr vertuschen. Dieses parteipolitische Tauziehen beweist die innere Unsicherheit der NLP und die politische Ratlosigkeit der NLP-Leitung und ihr Anlehnungsbedürfnis. Aus den Pendeln zwischen den verschiedenen Parteien der Liberalen Demokraten und dann der Hugenberge ergibt sich das völlige Fehlen eines festen Standpunktes in der heutigen politischen Situation. Eine solche Partei ist eine vorübergehende Gelegenheitserscheinung, bietet aber keine Basis für eine ernsthafte politische Konzeption oder gar für einen Neubau Deutschlands.

Krise der Selbstverwaltung

Berliner SPD vor schweren Entscheidungen

K.W., Berlin, Mitte März

Es hat in den letzten Wochen der schweren Winterkatastrophe in einem oder anderen Land, besonders der britischen Zone, Zusammenstösse zwischen den Möglichkeiten der deutschen Regierungen und Parlamente einerseits

und den Diktaten der Besatzungsmacht andererseits gegeben. Diese Zuspitzungen sind, so krisenhaft sie sein mögen, ein guter Ausdruck für den Willen des Volkes, die Verantwortung der Demokratie ernst zu nehmen. Es ist ja das erste und oberste Recht des Volkes, die von ihm gewählte Vertretung zu kontrollieren. Die Besatzung ist nicht von ihm gewählt. Umso mehr aber richtet sich möglicherweise Kritik in solchen Fällen an die deutschen Stellen. Die Sinnlosigkeit demokratischer Selbstverwaltung könnte offensichtlich werden, wenn die deutschen Stellen alle in ihrer eingeschränkten Macht befindlichen Möglichkeiten verbraucht hätten und damit von der Besatzungsmacht abgelehnt worden wären.

In Berlin ist diese Krise jetzt in besonders verschärftem Grade akut geworden. Die aus dem 20. Oktober gewählte Stadtverwaltung ist noch nicht drei Monate alt, aber diese drei Monate waren eine kaum abbreissende Kette von Schwierigkeiten. Begonnen haben sie damit, dass der neue Magistrat, der sich zur Hälfte aus Sozialdemokraten zusammensetzt, bis Weihnachten warten musste, ehe er die Bestätigung der Viermächtekommandantur erhielt. Zwei von ihm eingerichtete Ressorts, das Ressort für Jugendfragen und das Ressort für Sicherung der Demokratie, können heute, drei Monate später, noch nicht arbeiten, weil die Zustimmung der Kommandantur noch nicht eingetroffen ist. Wenn man bedenkt, dass die Amtsperiode dieses Berliner Magistrats nach der neuen Berliner Verfassung nur zwei Jahre dauert, mag man bedenken, was dieser Zeitverlust schon bedeutet! Darüber hinaus aber ist eben dem Magistrat noch einmal ausdrücklich bedeutet worden, dass nicht nur seine Beschlüsse, sondern auch die Versetzungen und Personalveränderungen leitender Funktionen von der Zustimmung der Kommandantur abhängig sind. Was hier gemeint ist, erhellt daraus, dass diese Bestimmung alle die Personen an zweiter und dritter Stelle in der Stadtverwaltung treffen soll, die aus der ersten kommunistischen Periode des Magistrats noch in diese neue Phase der Verwaltung hinüberreichen.

Man wusste, dass es der Sozialdemokratie sehr schwer gemacht werden würde, ihren grossen Berliner Wahlsieg zum Nutzen der von ihr vertretenen und propagierten Berliner Politik anzuwenden. Aber man konnte nicht voraussehen, wie sehr sich an jede strikte Selbstverständlichkeit demokratischer Verwaltung das Bleigewicht der alliierten Hinderung und des alliierten Einspruchs hängen würde. Die Schwierigkeiten Berlins, das unmittelbar von vier Besatzungsmächten kontrolliert wird, sind hier besonders offenkundig geworden. Und die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Besatzungsmächten selbst erschweren vierfach das Recht auf bescheidenen Selbstverwaltung. Dass damit aber die Sozialdemokratie in einen wachsenden Gegensatz zum Vertrauen ihrer grossen Wählerschaft geraten musste, war und ist die grosse Gefahr. Und diese Gefahr ist nicht einfach die Gefahr für die SPD - sie ist die Gefahr für die Demokratie überhaupt. So ist aus dieser Verantwortung heraus die Frage aufgetaucht, wie weit sich eine Demokratie von der Kontrolle der Besatzungsmächte desavouieren lassen kann, ehe sie sich unrettbar selbst aufgibt.

Die Sozialdemokratie kennt die Verantwortung, die in dieser möglichen Entscheidung beschlossen liegt. Und sie wird sie sehr ernsthaft prüfen, bevor sie handelt. Sie hat auf den so entscheidungsvollen Viermächteboden von Berlin mit ihrem Kampf gegen die neue kommunistische Diktatur eine politische Leistung grossen Stils geschaffen, und sie weiss, wie wenig nützlich billige Demonstrationen sind. Aber sie weiss auch, dass der Politik des Sozialismus und der Demokratie - unter allen gegebenen Einschränkungen durch die Wirklichkeit der Besatzung - doch bestimmte Mindestziele gesetzt sind, wenn diese Politik nicht das Gegenteil auslösen soll.

(b/B17/133/1/he)

Moskau: Hoffnung und Gefahr

Unter diesem Titel befasst sich der unabhängige "Observer" mit der Moskauer Konferenz. Er behauptet vor allen die Frage der künftigen Grenzen Deutschlands und betrachtet ihre Festlegung als erste Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden. -Der "Observer" schreibt:

"Die Moskauer Aufgabe hat zwei Seiten: Eine konstitutionelle und eine territoriale. Wie wird der künftige deutsche Staat aussehen und wie werden seine Grenzen verlaufen? Die Verfassungsfrage ist in der Öffentlichkeit ausgiebig erörtert worden, die territoriale dagegen nur wenig. Aber sie ist die wichtigere der beiden. Eine schlechte Verfassung kann stets ohne grosse Gefahr revidiert werden, eine schlechte Grenze aber nur in höchst seltenen Fällen. Wir sollten deshalb grössten Wert darauf legen, dass die Grenzen so gezogen werden, dass wir, sagen wir in zwanzig Jahren, bereit wären, sie mit Gewalt zu verteidigen.

Unglücklicherweise wird die Grenze, wie sie jetzt vorgeschlagen wird, eines Tages so sicher angefochten werden, wie irgendetwas in der Geschichte angegriffen wurde. Sie trennt von Deutschland die Provinzen Ostpreussen, Westpreussen, Pommern, Schlesien und ungefähr ein Drittel Brandenburgs und händigt sie Polen aus. Es ist ein Gebiet, das so nahe bei Berlin liegt wie Teile von Kent bei London, und es ist insgesamt fast so gross wie ganz England (Ostprovinzen 48.200 Quadratmeilen, England 50.300 Quadratmeilen). Mag diese Abtrennung begründet oder unbegründet sein, entscheidend ist, dass kein Deutscher sie jemals anerkennen wird. Die Oder-Neisse-Grenze zu akzeptieren, wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf jegliche Chance für einen gesunden und stabilen Frieden mit Deutschland. Ihre Festlegung gäbe Deutschland ein begründetes und dauerndes Interesse an Krieg und würde es stets zum freudigen Verbündeten für jede Macht machen, die irgendwann einmal die bestehende Ordnung zu stürzen wünscht. Das ist ein sehr ernster Ausblick und die öffentliche Meinung in England ist leider in gefährlicher Weise dazu geneigt, ihn zu übersehen. Es kann zwar sehr wohl wahr sein, dass wir uns in dieser Frage in einer unangenehmen moralischen Situation Polen gegenüber befinden, die wir unter Druck seinerzeit damit einverstanden waren, dass Polens Ostgebiete abgetrennt wurden. Und es mag sein, dass wir schon gefährlich weit auf dem Wege zur Schaffung vollendeter Tatsachen gegangen sind, indem wir unsere Zustimmung zur Ausweisung von Millionen Deutscher aus ihrer Heimat gegeben haben.

Das weit verarbeitete Gefühl "Lasst uns endlich den Schluss dieses unglücklichen Geschäfts hören", ist verständlich. Unglücklicherweise werden wir jedoch das Ende des Liedes nicht hören.

Von allen Entscheidungen, die jetzt gefällt werden, wäre die Anerkennung des polnischen Anspruches diejenige, die einen neuen Krieg heraufbeschwören könnte. Es ist besser, die deutsche Frage ungelöst zu lassen - vielleicht mag es sogar besser sein, überhaupt keine Regelung zu treffen, die mit so unermesslichen Gefahren verbunden ist."

(n/Blo/243/1/he)

Verantwortlich: Fritz Sänger, Hannover